

Vorbemerkung zum Sprachgebrauch

Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Wir verwenden Rollen- und Funktionsbezeichnungen dementsprechend in einer neutralen Form. Der Lesbarkeit halber verzichten wir darauf, beide geschlechtlichen Formen zu nennen. „Teilnehmer“, „Einrichtungsleiter“, „Kursleiter“, „Hebamme“ etc. gelten als Bezeichnung für die Rolle, Funktion oder Ausbildung von weiblichen und männlichen Personen.

Zusammenfassung

Das dargestellte Forschungsprojekt gliederte sich in zwei Teile: Zum einen wurde das Angebot familienbezogener Bildungsmaßnahmen in Deutschland systematisch erfasst und detailliert beschrieben („Bestandsaufnahme“). Zum anderen wurden die vorliegenden Studien zur Wirksamkeit dieser Maßnahmen dokumentiert, ausgewertet und mit statistischen Methoden integriert („Meta-Evaluation“). Untersuchungsgegenstand waren präventiv ansetzende Angebote, die direkt oder indirekt die Erziehungskompetenz in Familien fördern sollen und kursartig organisiert sind (keine reine Einzelfallhilfe oder Therapie).

Bestandsaufnahme

In der Bestandsaufnahme erfolgte eine bundesweite schriftliche Befragung von Einrichtungen, die Veranstaltungen zur Eltern- und Familienbildung anbieten (Bezugsjahr: 2004). Neben Familienbildungsstätten wurden auch Beratungseinrichtungen, selbsthilfeorientierte Vereine sowie Einrichtungen der allgemeinen Erwachsenenbildung, Seelsorge und Wohlfahrtspflege einbezogen. Aus insgesamt 6183 Einrichtungen wurde eine repräsentative Stichprobe von 2083 Einrichtungen gezogen. Davon sandten 883 Einrichtungen die ausgefüllten Fragebögen zurück (Rücklaufquote: 42,4 %). In ihnen wurden 1451 eigenständige Einzelmaßnahmen detailliert beschrieben.

Gesamtangebot

Insgesamt wurden von den Einrichtungen 27796 familienbezogene Bildungsangebote im Sinne unserer Definition genannt. Unter Berücksichtigung des Stichprobenanteils und der Rücklaufquote entspricht dies einem Gesamtangebot von etwa 197000 Veranstaltungen im bundesdeutschen Raum. Dazu kommen 2293 Fortbildungs- und Supervisionsveranstaltungen mit Bezug zu solchen Angeboten. Die Hauptträger des Angebotes sind die Familienbildungsstätten. Beratungseinrichtungen bieten häufig keine bzw. nur wenige entsprechende Veranstaltungen an. Da es aber zahlreiche Beratungsstellen gibt, tragen auch sie substantiell zum Gesamtangebot in der Familienbildung bei. Bei den anderen Einrichtungen, für die Familienbildung nicht im Zentrum der Arbeit steht, ist das Ausmaß des Angebots sehr heterogen. Sie scheinen vor allem in schwächer versorgten kleinstädtischen und ländlichen Regionen eine wichtige Funktion in der Familienbildung wahrzunehmen.

Angebotsstruktur

Insgesamt überwiegen deutlich die Eltern-Kind-Gruppen, die etwa die Hälfte des Angebotes ausmachen. Allerdings bestehen bei den verschiedenen Einrichtungstypen Unterschiede im Angebotsprofil. Eltern-Kind-Gruppen herrschen vor allem bei den Familienbildungsstätten vor, während sie in Beratungseinrichtungen eine eher untergeordnete Stellung einnehmen.

Die befragten Einrichtungsleiter sehen überwiegend einen beträchtlichen Mehrbedarf an Angeboten der familienbezogenen Prävention. Dieser wird zumeist sehr allgemein gefasst (z.B. Förderung der Erziehungskompetenz). Beim spezifischeren Mehrbedarf werden vor allem niederschwellige Angebote und eine bessere Versorgung von belasteten Gruppen genannt. Auch bei Zielgruppen wie jungen Familien nehmen zahlreiche Einrichtungsleiter einen zusätzlichen Bedarf wahr.

Finanzierung

Der wahrgenommenen Unterversorgung steht eine Verschlechterung in der finanziellen Lage gegenüber. Die Mehrzahl der Einrichtungen wird zumindest teilweise über öffentliche Mittel finanziert und berichtet über einen Rückgang dieser Gelder in den letzten Jahren. Das gleiche gilt für die Finanzierung durch die Träger. 42 Prozent der Einrichtungen geben insgesamt einen Rückgang der finanziellen Mittel an. Ein weiteres Drittel berichtet über finanzielle Umstrukturierungen, die jedoch ebenfalls einen Mittelabbau enthalten. Die Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen über erhöhte Teilnehmerbeiträge oder eingeworbene Spendengelder scheint den Mittelabbau nicht vollständig kompensieren zu können und nimmt selbst Ressourcen in Anspruch. Dementsprechend wird häufig über einen Rückgang des Angebots berichtet, und zwar hinsichtlich Umfang, Qualität und Niederschwelligkeit. Letzteres zeigt sich bei den betreffenden Einrichtungen auch auf der Ebene der beschriebenen Einzelmaßnahmen (z.B. geringere Unterschichtanteile oder seltener Zielgruppen mit besonderen Belastungen).

Der überwiegende Teil der Angebote (63 %) ist kostenpflichtig. Lediglich in Beratungsstellen, die gleichzeitig den höchsten Anteil öffentlicher Mittel angeben, sind kostenfreie Angebote häufiger (insgesamt 62 %). Dort, wo Gebühren erhoben werden, liegt der mittlere Stundensatz bei etwa 3 Euro. Im Vergleich verschiedener Angebotsformen sind vor allem offene Treffs und Elterngruppen häufiger kostenlos bzw. mit geringeren Kosten verbunden. Sie er-

füllen damit in finanzieller und struktureller Hinsicht am ehesten die Anforderungen der Niederschwelligkeit.

Teilnehmer und spezifische Zielgruppen

Die Teilnehmer sind vorwiegend weiblich. Der Anteil teilnehmender Männer beträgt nur 17 Prozent, hat aber im Vergleich zu früher zugenommen. Der Schwerpunkt des Angebotes liegt bei jungen Familien.

Soweit die Einrichtungen hierzu Daten zur Verfügung haben, entstammen die Teilnehmer hauptsächlich mittleren und höheren sozialen Schichten. Der Anteil von Teilnehmern aus der Unterschicht liegt bei durchschnittlich 15 Prozent. Bei der Gewinnung der Teilnehmer wird nur bei einem Drittel der Maßnahmen auch auf aktive Rekrutierungsstrategien zurückgegriffen. Wie sich am Beispiel von Maßnahmen für sozial schwache Familien zeigt, wird durch eine solche „Geh-Struktur“ auch die Zielgruppe besser erfasst.

Insgesamt berücksichtigt ein Viertel des Gesamtangebotes explizit Familien mit besonderen Belastungen. Dabei überwiegen strukturelle Belastungsfaktoren wie Alleinerziehung, Scheidung/Trennung oder finanzielle Deprivation. Bei den etwas seltener angesprochenen kindbezogenen Belastungen handelt es sich vor allem um Schul- und Leistungsprobleme und Schwierigkeiten im Sozialverhalten. Elternbezogene Belastungsfaktoren (z.B. Gewalt in der Familie) sind selten explizite Kriterien für die Auswahl von Adressaten. Ein höherer Anteil gezielter Maßnahmen findet sich bei den offenen Gruppenangeboten und freizeitpädagogischen Maßnahmen (vor allem für sozial schwache Familien) sowie insgesamt in den Beratungsstellen. In klassischen Familienbildungsstätten und bei „Standardangeboten“ wie Eltern-Kind-Gruppen sind gezielte Maßnahmen die Ausnahme.

Die gezielten Präventionsangebote unterscheiden sich von universellen Maßnahmen in einer Reihe von Aspekten: Sie sind insgesamt „problembezogener“ und zielen stärker auf die Förderung von Alltagskompetenzen und die Problembewältigung. Neben den primären Zielen thematisieren auch häufiger selbstbezogene Aspekte wie Selbstbewusstsein oder Zukunftsplanung. Sie weisen einen höheren Beratungs- und Gesprächsanteil auf (individuell und in der Gruppe), dauern im Schnitt länger und enthalten auch öfter Einzelsitzungen. Die Angebote sind überwiegend kostenfrei bzw. kostengünstiger und gewinnen die Teilnehmer häufiger im Rahmen einer Gehstruktur.

Gestaltung der Maßnahmen

Die Inhalte der Maßnahmen spiegeln weitgehend die angebotsspezifischen Zielsetzungen wider. Häufig sollen konkrete Fertigkeiten vermittelt werden. Didaktisch gibt es sowohl passiv-rezeptive Anteile als auch Methoden, die die Teilnehmer aktiv einbeziehen. Die Art der aktiven Anteile ist je nach Angebotsform verschieden. Insgesamt ist es allerdings selten, dass die zu vermittelnden Handlungskompetenzen tatsächlich aktiv eingeübt werden.

Bei der Gestaltung der Maßnahmen überwiegen wenig vorstrukturierte Vorgehensweisen. Zwar bezieht sich die Hälfte der Maßnahmen auf mehr oder weniger detaillierte Kursmanuale, allerdings werden auch diese Angebote oft ziemlich frei gestaltet. Auf veröffentlichte Konzeptionen wird vor allem in Erziehungs- und Paarkursen zurückgegriffen. Eine exemplarische Analyse zum Programm „Starke Eltern – Starke Kinder“ zeigt, dass man selbst bei der Umsetzung eines ausgearbeiteten Konzepts nur überwiegend den Vorgaben folgt.

Qualitätssicherung und Evaluation

Der Ausbildungshintergrund der Kursleiter ist überwiegend fachspezifisch (meist pädagogisch). Immerhin die Hälfte gibt an, eine spezielle Kursleiterausbildung durchlaufen zu haben. In knapp drei Viertel der Fälle werden Maßnahmen genannt, die der Qualitätssicherung dienen. Dabei handelt es sich meist um allgemeine Ansätze wie Fortbildung und Supervision und nicht um die Qualitätssicherung bei einem speziellen Kursangebot. Gezielte Qualitätskriterien wie Teilnehmerzufriedenheit, Teilnahmehäufigkeit oder Kontrolle der Implementierung werden seltener berichtet (für alle Kriterien meist deutlich unter 40 %). Wenn eine solche Prüfung erfolgt, fällt sie in der Regel positiv aus. Sie übertrifft dabei sogar die subjektiven Einschätzungen dieser Merkmale durch die Leiter jener Kurse, in denen Qualitätskriterien nicht systematisch erfasst werden.

Objektive Wirkungsevaluationen werden nur in Ausnahmefällen berichtet. In der subjektiven Erfolgseinschätzung der Kursleiter ergeben sich zwar günstige Werte, dies ist aber kein hinreichend gültiger Maßstab.

Meta-Evaluation von Wirkungsstudien

Während die Befragung der Einrichtungen fast keine Wirkungsstudien aufzeigte, fand sich hierzu mehr Material in unveröffentlichten oder publizierten Untersuchungen. Zur Abschät-

zung der Wirksamkeit familienbezogener Präventionsmaßnahmen führten wir eine Meta-Analyse kontrollierter Evaluationsstudien aus Deutschland durch. In ca. 2800 einschlägigen Literaturstellen konnten nur 27 Studien gefunden werden, die eine Kontrollgruppe ohne Familienbildung einbezogen hatten.

Im Durchschnitt ergeben sich moderat positive Effekte. Die Effektstärken liegen im Rahmen internationaler Forschungssynthesen in ähnlichen psychosozialen Interventionsfeldern. Die Programmeffekte bleiben auch längerfristig erhalten, allerdings auf niedrigerem Niveau. Bei elternbezogenen Erfolgskriterien (z.B. Erziehungseinstellungen und selbst berichtetes Erziehungsverhalten) zeigen sich deutlichere Effekte als bei Erfolgsmaßen auf Seiten der Kinder. In beiden Fällen sind die Wirkungen aber signifikant positiv.

Das methodische Niveau der Studien ist insgesamt mäßig, teilweise ist die Vergleichsgruppe nicht äquivalent. Dies erschwert eine klare Bewertung. Überdies zeigt sich, dass die methodischen Merkmale der einzelnen Studien einen erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse haben. Studien mit größeren Stichproben, längerfristiger Erfolgsmessung und verhaltensnahen Kriterien erbringen geringere Effekte. Dennoch deutet sich in den Analysen an, dass vor allem solche Maßnahmen Erfolge versprechen, die auf spezifische Problemstellungen in der Familie ausgerichtet, relativ intensiv, stark übungsorientiert und durch Programmvorgaben strukturiert sind.

Die vorliegenden kontrollierten Wirksamkeitsuntersuchungen decken aber keineswegs den Gesamtbereich familienbezogener Bildungsangebote ab. Zumeist betreffen die Studien auf Manualen basierende Elternkurse, die sich bevorzugt an spezifische Risikogruppen wenden. In der Praxis der Familienbildung überwiegen dagegen universelle Präventionsmaßnahmen, die mehrheitlich relativ frei gestaltet werden. Für offenere Angebotsformen und die besonders häufigen Eltern-Kind-Gruppen lassen sich letztlich keine fundierten Aussagen zur Wirksamkeit treffen. Die Meta-Evaluation zeigt somit, dass in der systematischen Evaluation zur Familienbildung sehr große Defizite bestehen. Erst in jüngster Zeit zeichnet sich hier zumindest bei manchen Angebotsarten eine leichte Verbesserung der Lage ab.

Folgerungen und Empfehlungen

Insgesamt zeigt unsere Untersuchung ein äußerst vielfältiges Angebot der Familienbildung und intensive Bemühungen, dem Bedarf gerecht zu werden. Es sind auch zahlreiche Ansätze

erkennbar, trotz aktueller finanzieller Probleme ein angemessenes Angebot zu sichern und die Qualität weiter zu entwickeln. Hierzu liefern beide Projektteile zahlreiche Hinweise. Die wichtigsten lassen sich in fünf Bereiche zusammenfassen:

Kooperation und Vernetzung

Ähnlich wie es bereits auf Trägerseite geschieht, sollten die verschiedenen Einrichtungen mit familienbezogenen Präventionsangeboten noch mehr als bisher kooperieren und ihre Angebote vernetzen. Bei der bestehenden Anbietervielfalt ermöglicht dies, das Angebot hinsichtlich der regionalen Bedarfsstrukturen zu koordinieren. Eventuelle Über- und Unterversorgungen können so verringert werden. Dadurch erscheint insgesamt ein ökonomischerer Einsatz vorhandener Ressourcen möglich.

Die einzelnen Einrichtungen können je nach ihren Kernkompetenzen spezifische Schwerpunkte setzen und damit auch ihr Profil nach außen schärfen. Einrichtungsspezifische Kompetenzen müssen nicht örtlich gebunden bleiben, sondern können z.B. im Austausch auch anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden (Mobilität der Angebote und nicht nur der Teilnehmer). Dies erscheint besonders für Regionen mit schwachen Strukturen in der Familienbildung hilfreich. Für potentielle Teilnehmer besteht so ein dichteres Netz von Anlaufstellen. Je nach individuellen Bedürfnissen können sie nach einem Einstieg an Angebote anderer Einrichtungen vermittelt werden. Dies gilt neben den Einrichtungen untereinander auch in der Kooperation mit Institutionen, die selbst kein familienbezogenes Bildungsangebot haben

Verstärkung gezielter Maßnahmen

Der Grundgedanke der Primärprävention von Problemen legt nahe, möglichst weite Teile der Bevölkerung mit den Maßnahmen der Familienbildung zu erreichen. Dabei sollten die Angebote vor allem jenen Familien zur Verfügung stehen, die „normative“ Belastungssituationen zu bewältigen haben.

Andererseits haben nicht alle Familien das gleiche Risiko für kindliche Fehlentwicklungen. Insofern sollte das Angebot noch mehr als bislang auf Zielgruppen mit besonderen Belastungen zugeschnitten werden (z.B. Alleinerziehende, sehr junge Eltern, Migranten, finanziell schwache Familien). Sowohl in den Zielsetzungen als auch im faktischen Angebot scheinen Familien mit besonderen Belastungen unterrepräsentiert zu sein. Angesichts des erhöhten Risikos für Problementwicklungen sind präventive Maßnahmen aber hier besonders wichtig. Sie

sind zwar teilweise schwieriger durchzuführen, doch deuten die Wirksamkeitsstudien darauf hin, dass gerade bei belasteten Zielgruppen Effekte zu erzielen sind. Das heißt, dass ein stärkerer Schwerpunkt in diesem Bereich auch unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Senkung von Teilnahmeschwellen

Gerade die besonders belasteten und bedürftigen Familien sind durch die Angebote der Familienbildung schwer erreichbar. Wenngleich auf diesem Gebiet in der Praxis bereits viel getan wird, müssen die Teilnahnehürden weiter gesenkt werden. Dies gilt insbesondere für gezielte Maßnahmen, da diese in hohem Maße bildungsfernere Gruppen betreffen. Vor allem für junge Familien müssen die Zugangsschwellen weiter gesenkt werden. Denn sie sind bei den besonderen Zielgruppen unterrepräsentiert, eignen sich aber am besten für einen frühzeitigen Einstieg in präventive Bildungsmaßnahmen.

Patentrezepte zur Senkung von Teilnahnehürden gibt es nicht. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte jedoch über gedruckte Veranstaltungsprogramme, Websites und Flyer hinausgehen. Neben einer verstärkten medialen Werbung (z.B. in öffentlichen Verkehrsmitteln oder über regionale Zeitungsberichte) erscheint es sinnvoll, mehr auf aktive/persönliche Ansprachen zu setzen. Hier hilft die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, die Kontakt zu bestimmten Gruppen haben. Angebote sollten auch häufiger zu den Orten „gehen“, die im Alltag der Zielgruppen von Bedeutung sind (z.B. Kindergärten, Schulen, Vereine, ärztliche Versorgung; eventuell sogar aufgeschlossene Betriebe).

Da offene Angebote von bildungsfernen Bevölkerungsgruppen eher genutzt werden, können sie als Einstieg in strukturiertere Angebote genutzt werden. Soweit möglich, sollte hier eine gezielte Vermittlung in andere Angebote erfolgen. Durch genauere Dokumentation der erreichten Zielgruppen lassen sich regionale Bedarfsanalysen erstellen, in denen die Nicht-Nutzer von familienbezogenen Präventionsangeboten besonderes Augenmerk erhalten.

Niederschwelligkeit ist aber nicht zuletzt daran gebunden, dass Angebote unentgeltlich sind oder allenfalls ein sehr geringer Teilnehmerbetrag erhoben wird (siehe Finanzierung).

Qualitätssicherung und Evaluation

Die sehr positiven Initiativen zur Qualitätsförderung müssen weiter fortgesetzt werden. Das Qualitätsmanagement sollte insbesondere auch stärker auf die Ebene der Einzelmaßnahmen durchschlagen. Manuale, die die konkreten Zielsetzungen, die Zielgruppen, das theoretische Kurskonzept, die konkrete Durchführung und die Anforderungen an die Kursleiter dokumentieren, sollten zur Regel werden. Des Weiteren sollte man mehr als bislang die Implementierung und Prozessevaluation dokumentieren. Dazu gehören wichtige Merkmale der Teilnehmer (in Bezug auf die angestrebte Zielgruppe), die Teilnehmerzufriedenheit, die Teilnahmequoten, die inhaltliche und organisatorische Umsetzung sowie operationalisierte Kriterien der Zielerreichung.

Bei allen erfassten Maßnahmen der Familienbildung mangelt es an systematischen Wirkungsevaluationen. Dies gilt besonders für die am weitesten verbreiteten Eltern-Kind-Gruppen. Ausführliche Wirksamkeitsuntersuchungen auf methodisch hohem Niveau können allerdings nicht von Seiten der Einrichtungen erwartet werden. Hier gilt es, mehr wissenschaftliche Untersuchungen zu initiieren, die verbreitete Programmkonzepte mit strengen Maßstäben prüfen. Dabei sollte es sich nicht nur um Modellprojekte mit besonders günstigen Rahmenbedingungen handeln, sondern die konkrete Alltagspraxis erforscht werden. Sind die Maßnahmen ausreichend dokumentiert und wird die Implementierung angemessen kontrolliert, so können die Ergebnisse dieser Studien auf die weitere Praxis übertragen werden.

Da sich aufwendige Evaluationen kurz- und mittelfristig nur in sehr begrenztem Umfang realisieren lassen, sollten auch vermehrt kleinere Untersuchungen mit einem suboptimalen Design durchgeführt werden. Hierzu empfiehlt es sich, dass die Träger und Einrichtungen der Familienbildung mit regionalen Hochschulen kooperieren, um kleinere Projekte oder einschlägige Diplomarbeiten zu initiieren.

Mittelfristig sollte ein System der Akkreditierung von Maßnahmen entwickelt werden, das sich an ausgearbeiteten Standards der Qualitätssicherung orientiert. Um dies möglichst kostengünstig, unabhängig und unbürokratisch zu gestalten, kann auf die Expertise einschlägiger Fachleute aus Praxis und Wissenschaft zurückgegriffen werden.

Angemessene Finanzierung

Die Kürzungen bei der Finanzierung durch die öffentlichen Haushalte führen nicht nur zu Einschränkungen des Angebots, sondern verschlechtern gerade die Versorgung der besonders bedürftigen Zielgruppen. Durch vermehrte oder erhöhte Teilnehmergebühren wird bereits jetzt die erforderliche weitere Senkung von Zugangsschwellen verhindert. Dieser fatale Kreislauf muss durchbrochen werden. Kompensationen durch mehr gebührenpflichtige andere Angebote sind keine ausreichende Lösung, da dadurch wichtige Ressourcen gebunden werden und letztlich die „Grundversorgung“ der Familienbildung leidet.

Mit staatlicher Unterstützung sollten mittel- und längerfristige Finanzierungskonzepte entwickelt werden. Die bereits bestehenden Konzepte der Mischfinanzierung lassen sich nur dann tragfähig weiterentwickeln, wenn sie von einer Notfallreaktion zu einer bedarfsgerechten Allokation von Ressourcen führen. Auch hierzu können die Qualitätssicherung und Evaluation beitragen.

Das Problem der Finanzierung gilt aber auch für diese Prozesse. Für die erforderlichen empirischen Untersuchungen sollten zumindest temporär Sondermittel bereitgestellt werden. Mittelfristig ist ein System anzustreben, in dem ein kleiner Prozentsatz der Mittel für Programme der Familienbildung für die notwendige Evaluation und Begleitforschung reserviert wird. Eine erfolgreiche Familienbildung kann dazu beitragen, die späteren Kosten in unterschiedlichen politischen Ressorts zu senken. Insofern sollte eine verstärkte Evaluation auch Kosten-Nutzen-Analysen einschließen.